

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint Werktag nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 3 Mark. Einzelne Nummern 15 Pf.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2486. — Stadtkontokonto Dresden Nr. 140.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum 30 Pf., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 60 Pf., unter Ein-  
geschloß 90 Pf. Ermäßigung auf Geschäftsanzeigen, Familiennachrichten u. Stellen-  
gesuche. — Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Verkaufsstelle von Holzpfannen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: J. B. Oberregierungsrat Hans Bloch in Dresden.

Nr. 55

Dresden, Freitag, 6. März

1925

## Unterhausdebatte über die auswärtige Politik.

Die Räumung Köln — Saargebiet — Danzig — polnischer Konflikt und andere Fragen.

### Chamberlain begrüßt den deutschen Schritt.

London, 5. März.

Der Liberale Fisher, der die Debatte über die auswärtige Politik im Unterhaus eröffnete, bewertete die Abwesenheit Lloyd Georges infolge Krankheit und sagte, die Debatte werde Chamberlain Gelegenheit geben, den Scheitler zu lästern, den er bisher so erfolgreich über die Geheimnisse der auswärtigen Politik befragt. Die Liberalen seien der Ansicht, daß es wichtig sei, daß die britischen Delegierten für den Völkerbund mit der Ansicht des Hauses vertraut seien. Er wolle jedoch nicht auf vorzeitige Erklärung der Politik dringen. Die Veröffentlichung der Räumung Köln sei ein sehr ernster Schritt der Regierung. Die britische Öffentlichkeit könne immer noch nicht die genaue Ursache für die Veröffentlichung der Räumung.

Fisher drang auf Veröffentlichung der Dokumente und sagte, es sei nicht genug, der Welt einfach die Hauptgründe anzugeben. Wenn er der Ansicht sein würde, daß die Veröffentlichung die Verhandlung verzögern werde, so würde er nicht darauf dringen. Aber er stelle sich vor, die deutsche Regierung werde das Dokument erhalten und werde über den besonderen Bezug unterrichtet werden, dessen sie beschuldigt werde. Wenn die Deutschen das Dokument erhalten, dann müsse auch das Unterhaus es bekommen.

Fisher erklärte weiter, es sei wünschenswert, daß Deutschland eingeladen werde, seine Beobachtungen zum Vortrage zu machen. Er begrüße gewisse Erklärungen über diesen Punkt. Die Liberalen empfänden große Beforgnisse über die von Herricot in der französischen Presse geführte Sprache.

Chamberlain ergriff das Wort, um zunächst auf die Fragen Fishers zu antworten. Chamberlain erklärte:

Er begrüße den neuen Schritt der deutschen Regierung, der große Möglichkeiten für den Frieden und die Sicherheit der Welt habe und der Ausgangspunkt für eine wirkliche Erhellung der europäischen Lage sein könne. Es sei zu früh, zu sagen, ob diese Vorschläge wirklich dazu führen würden oder nicht. Aber es sei nicht zu früh, zu sagen, daß die britische Regierung ihnen die größte Bedeutung beimesse und beabsichtige, ihnen die ernste Erwägung zu geben in der Hoffnung, daß nach diesem freiwilligen Schritt der deutschen Regierung ein Weg gefunden werde, der von der unglücklichen Vergangenheit wegführe zu einer besseren und freundlicheren Zukunft. Wenn dies vollbracht werden könne durch und mit Hilfe Englands und wenn diese Hilfe erforderlich sei, um es zustande zu bringen, so werde sowohl die Hilfe wie auch der gute Wille Englands nicht fehlen.

Fisher habe die Verwaltung des Saargebietes kritisiert. Nach Erwägung aller Umstände und nach Prüfung der Eignung des Herrn Kaout sei er zum Schluß gekommen, daß man für den Augenblick keine Versuche machen dürfe, die Verwaltung zu heben.

Einmütlich Danzig begrüßte Chamberlain aus, er bitte sehr darum, den Vertreter Englands nicht zu sehr zu binden, wenn er im Begriffe sei, einen Beitrag zu den gemeinsamen Angelegenheiten mit den anderen Nationen der Welt zu leisten. Er teile völlig den Wunsch, daß die wiederhergestellte Republik Polen mit ihren Nachbarn in einem guten Verhältnis lebe und alles tue, um ihre Lage leichter zu gestalten und Schwierigkeiten zu vermeiden.

Zur Kölner Frage sagte der Redner, daß die Befestigung des gesamten Gebietes auf 15 Jahre festgelegt worden sei mit dem Vorbehalt, daß das Kölner Gebiet nach fünf Jahren geräumt werden sollte, wenn Deutschland seine Vertragsver-

pflichtungen erfüllt habe. Chamberlain fuhr fort,

man habe bis jetzt noch nicht einmal eine vertrauliche Würdigung derjenigen Punkte erhalten, in denen sich Deutschland im Vertrag befindet. Aber man habe vor einiger Zeit erfahren, daß Deutschland im Vertrag war und daß es nicht berechtigt sei, die Räumung vor der Zustimmung seiner Verbündeten zu beantragen.

Was die Veröffentlichung der 162 Seiten umfassenden Berichte der Kontrollkommission bedeute, so habe er keinen Grund, etwas zu verbergen, wenn die Veröffentlichung zu einer Lösung dieser Frage führen würde. Wenn die Regierung zögert habe, so sei das nicht bezweifelbar, weil sie etwas verbergen wolle, sondern weil sie nicht sicher war, ob die Vorteile gering oder groß gewesen seien.

Das Ziel der britischen Regierung sei, zum frühestmöglichen Zeitpunkt von der deutschen Regierung die Erfüllung dessen zu erhalten, was gerechtfertigt nach dem Vertrage verlangt werden könne, damit die in Aussicht genommene Räumung der besetzten Gebiete sobald wie möglich in Kraft treten könne. Was die Sicherheitsfrage betreffe, die von tiefer Bedeutung sei, so wisse er,

daß die Sicherheit der Hauptstütze für die schwierigen Probleme Europas sei. Zur Frage, ob die deutsche Regierung eine Gelegenheit habe, ihre Beobachtungen und Anforderungen den Alliierten vorzulegen, so möchte er wiederholen, daß er nur in Übereinstimmung und nach Beratung mit den Alliierten sprechen könne. Was die Frage Fishers nach etwaigen Vorschlägen Deutschlands anlangt, so habe Herricot bereits dem französischen Ausschuss für auswärtige Angelegenheiten mitgeteilt, daß derartige Vorschläge eingegangen seien.

Chamberlains erste Reaktion hierzu sei eine Mitteilung gewesen, die ihn in vertraulicher und geschlichteter Form vor einigen Wochen erreicht habe. Er habe sofort erklärt, daß er eine Mitteilung dieser Art nicht annehmen könne unter der ausschlaggebenden Verpflichtung, daß er zu den Alliierten (England) nicht davon sprechen dürfe.

Chamberlain fuhr fort: der deutsche Vorkämpfer habe ihm sofort, als er ihm seine Ansicht mitgeteilt habe, die Versicherung gegeben, daß es die Ansicht der deutschen Regierung war und nicht gewesen sei, eine gleichzeitige Mitteilung nach Paris, Rom und Brüssel ergoßen zu lassen. Das sei jetzt geschehen.

Der Liberale Sir Edward Craig sagte, die Vorschläge, die Deutschland übermittelte habe, hätten einen Fortschritt dar in der Regelung der Sicherheitsfrage. Sie könnten als in der von England gewünschten Richtung liegend angesehen werden. England müsse diese Vorschläge eifrig fördern. Sie würden auch bei den Dominions mehr Begehrtheit finden, als ein einseitiger Pakt. Auch Holland sei an einer Sicherung der Grenzen interessiert, wie überhaupt jede andere Macht.

Edw. Davies erklärte, die wirkliche Gefahr in Europa sei der Imperialismus Frankreichs. Englands Interesse würde am besten gedient, wenn es sich von jedem Pakt fernhalte.

Der Liberale Sir John Simon wandte sich gegen die französische Auffassung, daß die Räumung des Rheinlandes irgendeine Sicherheit im Zusammenhang stehe. Frankreich sage mit vollem Recht, so erklärte der Redner, daß es bei der Unterzeichnung des Vertrags von Versailles durch die ihm angebotene Garantie beeinträchtigt worden sei.

Daß diese dann nicht zustande gekommen sei, sei aber weder die Schuld Großbritanniens noch Deutschlands gewesen. Deutschland habe daher ein Recht, das zu fordern, was ihm im Vertrage zugesagt wurde. Der beste Weg, Frankreichs Befürchtungen zu zerstreuen, sei die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Es würde aber bedauerlich sein, wenn Frankreich sich nicht dazu bereithalten sollte, die britische These anzuerkennen, daß Frankreich keine freie Hand im Rheinland habe, solange nicht der Garantiepakt geschlossen sei. Wenn Deutschland keinen einzigen Schritt gegen die Entlassungsbestimmungen begangen habe, seien die Gewährer unerschütterlicher Weise in Köln. Aber die Regierung, nach die öffentliche Meinung Englands dürften sich zufriedengeben, wenn nicht die Besonderepunkte veröffentlicht und Deutschland mitgeteilt werden und wenn nicht Deutschland in allerhöchster Zeit Gelegenheit erhalte, seine Auffassung vorzubringen, was das einjährige Gerichtsverfahren betreffe.

Sir Robert Hutchison betonte die Notwendigkeit, Deutschland und Rußland in den Völkerbund aufzunehmen. Er sagte, eine der Grenzen Ostpreussens könne leicht Anlaß zu Schwierigkeiten geben. England müsse diese Tatsache im Auge behalten. Auch die Frage der Saargebiete bilde einen wichtigen Punkt bei der Gesamterlegung.

Der Liberale Runciman bedauerte, daß Chamberlain sich die Hände in der Saargebiet gebunden habe. Warum wurde das französische Element im Saargebiet ermutigt und das deutsche entmutigt? Denn die Verwaltung des Saargebietes müsse streng unparteiisch bis zur Volksabstimmung sein.

In Erwiderung auf eine von Runciman an der Verwaltung des Saargebietes geübte Kritik erklärte Chamberlain, er rechne das Saargebiet nicht zu den Gefahrenpunkten von Europa. Es gebe dort eine gewisse Erregung und Unzufriedenheit, die von der einen oder andern Seite erzeugt worden sei. Er sei auch nicht geneigt, alles, was in der Verwaltung des Saargebietes vorkomme, zu verteidigen. Eine große Zahl von Mägen sei jedoch unzureichend. Wenn dort etwas Unrechtes geschehen sei, so bestrebe er sich, es wieder gutzumachen, wenn diejenigen, die sich über das Unrecht beklagten, dieses auf die Punkte beschränken würden, für die sie eine tatsächliche und wahre Begründung hätten, um sie dem Völkerbunde zu unterbreiten. Er sei zu dem Schluß gekommen, daß es nichts Besseres tun könnte, als die Wahl Kaouts zu unterstützen, der sich eine große Erfahrung erworben habe. Runciman würde, wenn er mit ihm persönlich zusammenkäme, eine bessere Meinung bekommen.

## Die Wahl des Reichspräsidenten.

Berlin, 5. März.

Am Freitag beabsichtigt die Reichstagsfraktion des Zentrums, mit den republikanischen Parteien wegen der Neuwahl des Reichspräsidenten Fühlung zu nehmen. Sie selbst will jedoch nicht selber einen endgültigen Beschluß fassen, als bis sich die sozialdemokratischen Parteiführer entschieden haben.

Die deutschnationale Presse schweigt sich bisher über ihren Kandidaten noch aus. Die deutschnationale Führung versucht aber um so eifriger, eine Einigkeit mit den übrigen monarchistischen Parteien zu erreichen und zwar so, daß nach Möglichkeit schon in ersten Wahlgang ein monarchistischer Sammelkandidat präferiert wird. So ist z. B. von der deutschnationalen Reichstagsfraktion bereits mit der Deutschen Volkspartei, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftlichen Vereinigung und den in Frage kommenden Verbänden zweifelhafte Aufstellungen eines gemeinsamen Kandidaten Fühlung genommen worden. Personennamen sollen dagegen bei dieser Gelegenheit noch nicht erwähnt werden. Die Besprechungen sollen in der nächsten Woche, wenn alle Führer der beteiligten Parteien in Berlin eingetroffen sind, fortgesetzt werden.

### Eine Äußerung der „Zeit“.

Berlin, 6. März.

Die „Zeit“ äußert die Vermutung, daß die Sozialdemokraten und Demokraten selbständige Kandidaten aufstellen werden. Als Kandidat auf die demokratische Kandidatur nennt das Blatt den Hamburger Bürgermeister Dr. Peterzen und den bühnen Staatpräsidenten Dr. Vellpach. Auf Zentrumseite sei die Aufstellung von Marx so gut wie sicher. Was die Parteien rechts vom Zentrum anlangt, so werde es hier aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer gemeinsamen Kandidatur kommen. Es sei bereits innerhalb des Ausschusses, der die Entscheidung vorzubereiten habe, eine engere Wahl getroffen worden, jedoch es sich nur noch um die Entscheidung über vier Personen handle.

Wie das Blatt weiter mitteilt, scheinen die Sozialdemokraten und Demokraten ein

besonderes Geheiß über die Stellvertretung des Reichspräsidenten bis zum Amtsantritt des neu gewählten Reichspräsidenten für notwendig zu halten. Die „Zeit“ glaubt aber, daß bei den übrigen Parteien die Ansicht herrsche, daß für die bevorstehende kurze Übergangszeit der Reichstagsfraktion weiter die Stellvertretung führen könne. Wenn sich aus irgendwelchen Gründen die Notwendigkeit einer besonderen Stellvertretung ergeben sollte, so scheine man in diesem Falle den Reichspräsidenten Dr. Simons als geeignete Persönlichkeit für die Übernahme der Stellvertretung zu betrachten.

### Zum Briefe Löbes.

Berlin, 5. März.

Der „Vorwärts“ schreibt: Wir sind der Meinung, daß die „Vollmacht“ besser getan hätte, diesen Brief überhaupt nicht zu veröffentlichen, da er noch nicht entschieden ist. Die Partei hat noch keine Beschlüsse gefasst und es geht nicht an, daß sich Parteigenossen, sei es auch nur so sympathischen Gründen, von voreingenommenen Aufträgen vertragen, die ihnen die Partei vielleicht erteilen könnte. Wir glauben auch nicht, daß die Ansicht des Genossen Löbe ist. Die Partei muß entscheiden, wie sie bei der Reichspräsidentenwahl vorgehen will, und dann dürfen ihre Absichten nicht durch die Weigerung eines einzelnen, die diesem zugeordnete Aufgabe zu übernehmen, durchkreuzt werden. Gegebenenfalls muß es also heißen: Die Bescheidenheit in allen Dingen, aber über die Bescheidenheit die Disziplin.

### Die Kandidatur des Kronprinzen.

Berlin, 5. März.

Zu Meldung, der ehemalige Kronprinz werde der deutschnationalen Präsidientenkandidatur, wird von den deutschnationalen entschieden in Abrede gestellt. Von nationalliberaler Seite aus den Kreisen um Dr. Maxfeldt und Freiherr von Kemnitz ist dagegen schon vor Wochen die Parole ausgegeben worden, zu Propaganda zwecken einige tausend Stimmen für den Kronprinzen abzugeben. An eine offizielle Kandidatur des Kronprinzen wird auf der rechten Seite nicht gedacht.



Obwohl das Blatt behauptet, daß diese Mitteilungen die Schlußfolgerungen des Gmachten, wenn nicht den Wortlaut, so doch dem Sinne nach getreu wiedergeben und es keinerlei Demütigungen, wöhlten wir diese Meldung doch nicht ohne Vorbehalt weitergeben. Das Blatt teilt weiterhin mit, daß die Reichsministerkonferenz im Augenblick damit beschäftigt sei, einen Abzug von den Verhandlungen, der es Kaufkraft, Hoch und seinen Mitarbeitern ermöglichen soll, die Art und die Schwere der einzelnen deutschen Beschlagnahmen genau zu bestimmen.

### Tschechoslowakische Pressestimmen zu den deutschen Vorschlägen.

Die tschechische Presse bespricht eingehend das deutsche Garantieangebot. „Ceskoslovenska Republika“ fordert, daß die Reichsbahn Deutschlands zu allen Verhandlungen betreffend die deutschen Abgrenzungen zugezogen werden. Neben der guten Seite der deutschen Vorschläge sei die Tatsache, daß diese Vorschläge die Frage der Abgrenzung angedeutet hätten, hiesel. Es sei kein Zweifel, daß die deutschen Vorschläge ernsthaft erörtert werden müßten, wenn auch unter der Bedingung, daß Deutschland vorher Mitglied des Völkerbundes werde. „Karobni List“ erklärt, die deutschen Vorschläge seien ein geschickter diplomatischer Schachzug. Da der Welt Deutschlands sich seit dem Kriege nicht geändert habe, müßten die deutschen Vorschläge mit Vorbehalt aufgenommen werden. „Karobni Politika“ erklärt, die Auffassung, daß das linke Rheingebiet nicht geräumt werden dürfe, bevor die Sicherheit Frankreichs garantiert wäre, sei schwer zu verstehen. Denn die Befreiung sei eine Last, deren Trüger von Tatsachen abhängig sei, auf die Deutschland keinen Einfluß habe. Deutschland würde sogar für Trüger der Vereinigten Staaten von Amerika castro werden. Aber in politischer Hinsicht könne man sich des Eindruckes nicht erwehren, daß Frankreich im Rechte sei, da seine Sicherheit und die Reparationsleistungen zu verbürgen seien. Daher liege es am England und Amerika, die Beiträge zu erfüllen, die sie selbst unterzeichnet hätten. „Karobni Obzora“ erklärt, daß deutsche Memoranden sich von größter Bedeutung, auch wenn es nicht als verbindlich betrachtet werden könne. Es zeige die deutschen Absichten betreffend die Abgrenzung. Die Verbände müßten mit dem Memorandum rechnen, auch wenn sie es nicht annehmen. Die Verbände müßten zunächst selbst untereinander über die Frage der Sicherheit einig werden. Besonders aber müßte England sich dem Standpunkte Frankreichs nähern, sein Interesse auf Mittel- und Osteuropa auszuweiten. In den Verhandlungen über das Sicherheitsproblem müßten Polen und die Tschechoslowakei zugezogen werden. Jeder andere Weg sei halbtot. Die Sicherheitsfrage werde, wie es scheint, heute oder morgen durch eine Reihe von Regionalverträgen gelöst werden.

### Strzyński in Paris.

Der polnische Außenminister Strzyński ist heute in Paris eingetroffen, wo er zwei bis drei Tage zu bleiben gedenkt und dabei Gelegenheit haben wird, sich mit Herriot über die schwebenden internationalen Fragen zu unterhalten. Die Anwesenheit des polnischen Außenministers dürfte nicht nur mit dem Pan-europäischen deutsch-polnischen Vertrag, sondern auch mit der auf der Tagesordnung des Völkerbundes stehenden Einberufung der Danziger Verhältnisse im Zusammenhang stehen.

### Paris, 6. März.

Der polnische Außenminister Strzyński sagte in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Matin“ zur Frage der europäischen Sicherheit u. a.: Ich bleibe Anhänger des Genfer Protokolls. Aber die Schiedsgerichtsbarkeit darf nicht den status quo in Europa in Frage stellen, der im Versailleser Vertrag und in anderen Dokumenten festgelegt ist. Die Garantie der westlichen Grenzen Polens ist für Frankreich und für Polen von der größten Wichtigkeit. Polen will den Frieden und feste Beziehungen zu seinen Nachbarn auf der Grundlage der in Kraft befindlichen Verträge. Strzyński wird heute von Herriot empfangen und auch mit Briand, Borowicz und einigen anderen Politikern und Ministern verhandeln.

### Zweimonatliche Vertagung des Reichstags?

Der „Vorwärts“ bezeichnet die Mitteilung über die Vertagung des Reichstages bis nach der Wahl des neuen Reichspräsidenten, die in der gestrigen Vollversammlung des Reichsrates gemacht wurde, als äußerst befremdend. Die Entscheidung über die Vertagung des Reichstages liege bei diesem selbst. Außerdem sei Präsident Ebert von Berlin abwesend. Auch habe sich der Reichsausschuß des Reichstages mit der Frage der Vertagung noch nicht beschäftigt. Auch die „Zeit“ bezeichnet es als bedauerlich, wenn sich der Reichstag auf Monate vertagen sollte. Denn er habe nicht dem Ziel noch eine Reihe wichtiger dringender Aufgaben zu erledigen. Es gehe nicht an, daß er

sich ihnen entziehe und daß man die ganze parlamentarische Arbeit auf Rücksicht auf die Reichspräsidentenwahl stülze.

Paul „Tag“ wird der Reichsaussenminister Dr. Stresemann grundsätzlich in der nächsten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses Bericht über die außenpolitische Lage erstatten.

### Die Regierungsbildung in Preußen.

Berlin, 5. März. Die preussische Regierung dürfte am Freitag insofern einer vorläufigen Lösung entgegengeführt werden, als an diesem Tage in einer interfraktionellen Sitzung die Entscheidung darüber fallen wird, ob Marx zu der

auf den 10. März festgesetzten Wahl wieder als Kandidat der Weimarer Koalitionsparteien in Frage kommt.

Das Zentrum ist einer beratigen Kandidatur nicht abgeneigt, aber es versucht andererseits, möglichst zu manövrieren, um Herrn Marx nicht als Kandidat für die Reichspräsidentenwahl unzulässig zu machen. Sein Bedenken geht dahin, die Ministerpräsidentenwahl möglichst bis zur Erledigung der Reichspräsidentenwahl hinauszuschieben. Ein derartiger Versuch wurde am Donnerstag im Ausschusse des preussischen Landtages von den Reichsparteien und Demokraten abgelehnt.

Severing verzichtet nicht.

Berlin, 5. März. Zu den Meldungen, Minister Severing

sei zurückgetreten und werde ein Wiederwahl nicht annehmen, wird in den Zeitungen festgestellt, daß ja das ganze Kabinett zurückgetreten sei. Aber es sei nicht richtig, daß Severing die Annahme der Wiederwahl ablehnen würde. Wichtig sei nur, daß sein Gesundheitszustand Parl angegriffen sei.

### Die Dortmunder Grubenkatastrophe vor dem Preussischen Landtag.

Berlin, 5. März. In der heutigen Sitzung des Landtages wurde nach Erledigung einiger anderer Tagesordnungspunkte mit der Beratung der Anfragen und Anträge aller Parteien am Anlaß des

### Dortmunder Grubenunglücks begonnen.

Abg. Osteroth (Soj.) begründet eingehend die von der sozialdemokratischen Fraktion vorgelegten Anträge zur Befreiung des Landes der Bergarbeiter. Er stellt fest, daß in den letzten 30 Jahren 167 000 Unfälle, darunter 13 000 mit tödlichem Ausgang im Bergbau vorgekommen seien. In der Fortschrittzeit sei es um die Unfallsicherheit im deutschen Volk besser als heute bestellt gewesen; heute träte vielmehr eine brutale Rohheit und Verflüchtigungslust angedeutet solcher entsetzlicher Katastrophen entgegen. Rechner weiß auf das Antreibersystem auf der Zeche Minister Stein hin.

Abg. Eifert (Ztr.) erklärt, nach den statistischen Angaben sei ein fortgesetztes Steigen der Unfälle zu verzeichnen. Die bisherigen Sicherheitsmaßnahmen hätten also nicht gewirkt und müßten verbessert werden. Auch die Regelung der Lohnfrage könne für die Sicherheit eine wichtige Rolle spielen.

Abg. Sobotta (Komm.) spricht sich für Befreiung des Prämien- und Gebirgslandes aus. Abg. Heim-Barnum (Dnt.) wünscht Vervollständigung des Versicherungswesens.

Handelsminister Dr. Schröder: Zur Befreiung der ersten Rot hat die Regierung sofort 100 000 M. aufgelegt; dazu kamen Spenden aus privater und öffentlicher Hand. Es sind etwa 670 000 M. zu verteilen. 20 000 M. wurden sofort gegeben, um der dringenden Not der Hinterbliebenen zu steuern. Ein besonderer Wert prüft die Frage, wie weit den Hinterbliebenen neben der Knappschaftsversicherung dauernd eine Hilfe gewährt werden kann. Die Knappschaftsrenten sind je nach Familienstand und Beschäftigungsdauer verschieden und schwanken zwischen 25 und 200 M. Nach der Novelle zur Knappschaftsversicherungsbildung sollen die Grenzen zwischen 50 und 250 M. liegen. Es soll ein Fonds abgeworfen werden zur Einberufung der Rot bei Unfällen, wie sie beim Bergbau im Alltag vorkommen und von denen die Öffentlichkeit selten etwas erfährt. Auch den Hinterbliebenen dieser Opfer soll geholfen werden (Beifall). 30 000 M. sind ferner abgeworfen für die am Rettungswert beteiligten Mannschaften. Der zur Untersuchung der Ursachen des Unglücks eingesetzte Ausschuss hat seine Arbeiten noch nicht abgeschlossen. Ein schuldhafter Verstoß gegen die Sicherheitsvorschriften vorliegt, wird mit Schärfe durchgegriffen werden. Die Schieferarbeit wird in den gefährlichen Stellen nicht mehr gebildet werden können. Es muß geprüft werden, ob in den gefährlichen Stellen das Schieferarbeiten nicht überhaupt verboten werden muß. Das Obligatorium Dortmund ist angewiesen, zur obligatorischen Einföhrung des Westfalensverfahrens sofort eine Verordnung auszuarbeiten. Bis zum 1. Mai muß es überall eingeführt sein. Die Zahl der Sicherheitsbeamten soll erhöht werden, die Belegschaft soll über die drohenden Gefahren besser orientiert werden. Jedem Arbeiter an der Arbeitsstelle muß eine Schranke gezogen werden.

Darauf werden die Beratungen auf Freitag vertagt.

### Große Koalition in Hamburg.

Hamburg, 5. März. Die letzte Wahl zur Hamburger Bürgerchaft im Oktober 1924 ergab nicht mehr die bis dahin bestehende große Mehrheit von Sozialdemokraten und Demokraten. In abgedessenen wurde die Frage einer Senatsumbildung akat, wenn auch die Bestimmungen der Verfassung und die dauernde Abwesenheit einer Anzahl kommunikativer Abgeordneter den Vorstand des alten Senats erlaubten. Die im Verlaufe mehrerer Wochen geführten verhandlungen führten in diesen Tagen zu dem Ergebnis, daß Sozialdemokraten, Demokraten und Deutsche Volkspartei schon in den abgemachten Tagen eine Koalition schließen werden, aus der ein neugewählter Senat hervorgehen soll. Hinter der zu bildenden Koalition steht eine runde Zweidrittelmehrheit des Parlaments. Die drei Parteien verfügen insgesamt über 101 Stimmen (53 Sozialdemokraten, 23 Demokraten, 23 Volksparteiler und 2 Zentrumsmänner), denen 28 Deutschnationalen, 4 Volksche, 24 Kommunisten und 3 Mittelparteiern gegenüberstehen.

Nach der amtlichen Verlautbarung über den Verlauf der Verhandlungen ergibt sich, daß die Zahl der Regierungsmitglieder von 16 auf 15 herabgesetzt werden wird.

## Die Eisenbahnerbewegung.

**Der Eisenbahnerstreik in Sachsen**  
umfaßt hauptsächlich die Güterbahnhöfe im Bezirk Dresden. Hier und in Leipzig haben die Arbeiter der Güterabfertigung bes. der Güterabfertigung die Arbeit wiedergelegt. Der Streik auf dem Chemnitzer Hauptbahnhof erstreckt sich auf die Güterabfertigung und auf die Umleitung der Güterzüge. Der Personverkehr ist im allgemeinen nicht berührt. Auch auf den übrigen Güterbahnhöfen wird gearbeitet.

Die Reichsbahndirektion scheint gegen die Streikenden mit allen Mitteln vorgehen zu wollen. Vereinzelt ist in den in Mitleidenschaft gezogenen Eisenbahnbetrieben die Fetschhilfe bez. die Technische Notthilfe eingesetzt worden.

### Berlin, 5. März.

Von der Reichsbahngesellschaft wird mitgeteilt, daß in Leipzig, Dresden und Chemnitz deutsche Streiks ausgedrohen sind, die sich auf das Rangier- und Güterabfertigungspersonal beziehen. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft wird diese Streiks mit allen Mitteln zu unterdrücken suchen. Sie sieht bereits Personalbetriebsmittel ein, um den Verkehr aufrechtzuerhalten und wird unter Umständen auf die Technische Notthilfe zurückgreifen.

### Dresden, 6. März.

Zur Sogeschichte des Eisenbahnerstreiks stellt die Pressestelle der Reichsbahndirektion folgendes fest: Die Eisenbahnergewerkschaften hatten die den Lohn und die Arbeitszeit betreffenden Bestimmungen des Lohnabkommens für den 28. Februar 1925 gefordert, worauf seitens der Hauptverwaltung der Reichsbahngesellschaft mit den Spitzenvertretungen der Eisenbahnergewerkschaften in Verhandlungen getreten wurde. Hierbei wurde die Vereinbarung getroffen, daß auch nach dem 1. März die geltenden Bestimmungen des letzten Tarifvertrages als ungelöst gelten sollten, bis die Verhandlungen zum Abschluß gekommen seien. Ingeachtet dieser Bindung und unterworfes des Abganges der Verhandlungen hat der Deutsche Eisenbahnerverband die Föhrung des Streiks übernommen, ohne daß diesem die sonst übliche Aufkündigung vorausgegangen wäre. Im Laufe des heutigen Tages ist außer auf den im Morgenbericht erwähnten Dresden und Chemnitzer Reichsbahnen noch auf einigen anderen die Arbeit teilweise wiedergelegt worden, u. a. in Weichenbach, Riesa und Engelsdorf. Die Betriebsräte hat sich hierdurch aber nicht wesentlich geändert, da die angefallenen Posten in der hauptsächlichen mit arbeitswilligen Beamten und sonstigen Ortskräften besetzt werden konnten. Insbesondere konnte der Personenverkehr ungehindert durchgeführt werden. Die vom Deutschen Eisenbahnerverband vertretenen gegenteiligen Mitteilungen, z. B. über Störung des Personenverkehrs von Dresden-Hauptbahnhof, treffen nicht zu.

Der Hauptvorstand des D. E. V. erklärt, daß die Organisationsleitung zu diesem Streik nicht aufgerufen hat, da die Verhandlungen noch nicht endlich abgebrochen sind und deshalb das Vertragsverhältnis noch besteht. Die Ursache des Streiks sind die äußerst mäßigen Lohn- und Arbeitsbedingungen und der schleppende Verhandlungsgang, sowie das mangelhafte Entgegenkommen der Hauptverwaltung. Die Gewalttätigkeiten des D. E. V. haben die Föhrung des Streiks übernommen, um ihn in geordnete Bahnen zu leiten. Der Hauptvorstand des D. E. V. hat in Berücksichtigung der ungünstigen wirtschaftlichen Lage der Streikenden die Gewährung von Rotföhrungsunterstützungen angefragt. An der Hauptverwaltung der Deutschen Reichsbahn liegt es, ob das Wirtschaftslieben Deutschlands durch den Streik und die zu erwartende Arbeitslosigkeit nicht erschüttert wird oder durch entsprechende Entgegenkommen davor bewahrt bleibt.

### Dresden, 6. März.

Die Christlich-nationale Gewerkschaft deutscher Eisenbahner hat ihre Mitglieder aufgefordert, sich am Streik zu beteiligen. Eine Versammlung der Auswärtigen forderte scharf die Fortsetzung des Streiks.

Im Laufe der vergangenen Nacht hat sich die Streiklage im Bezirk der Reichsbahndirektion Dresden nicht wesentlich verändert. Die Zahl der Streikenden ist etwas angewachsen

durch Eintritt von Arbeitern auf den Bahnhöfen Jltan und Freital-Pfischappel. Durch Hinzunahme von Einsatzkräften ist der Güterverkehr überall aufrechterhalten. Auch auf den Reichsbahnhöfen ist der Zu- und Abgang der Güterzüge durchaus befriedigend. Der Personenverkehr hat nach wie vor keine Beeinträchtigung erlitten.

### Verhandlungen.

Berlin, 5. März. Die am 5. März von der Hauptstelle der Reichsbahngesellschaft mit den vertragswichtigen Organisationen wieder aufgenommenen Verhandlungen haben kein positives Ergebnis gehabt. Die Meinungsverschiedenheiten in den Hauptfragen waren nicht zu überbrücken. Auf Antrag der vertragswichtigen Organisationsverbände wurden die Verhandlungen bis Sonnabend, den 7. März, vorzeitig 11 Uhr, vertagt, um der Hauptverwaltung und dem Verwaltungsrat Gelegenheit zu einer erneuten Beratung der strittigen Punkte zu geben.

### Die Bewegung im Westen.

Böln, 5. März. Von gewerkschaftlicher Seite wird mitgeteilt: „Am Donnerstag traten in Böln die Bezirksvertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes aus den Direktionsbezirken Böln, Ebersfeld und Effen zusammen, um zu der ablehnenden Haltung der Reichsbahn-Hauptverwaltung gegenüber den Lohn-, Gehalts- und Arbeitszeitforderungen des gesamten Reichsbahnerpersonals und der dadurch geschaffenen Lage Stellung zu nehmen. Die Organisationsvertreter können das Vorgehen der Reichsbahn-Hauptverwaltung nur noch als eine bewusste Provokation des Personals betrachten. Die Erregung in den Bezirken, insbesondere in den drei westlichen Bezirken, steigert sich beständig, es ist nur durch das Eingreifen der Organisationsvertreter bisher gerungen ist, Arbeitsniederlegungen zu verhindern. Die Vertreter des Deutschen Eisenbahnerverbandes sind sich darüber einig, daß trotzdem ausbrechende Bewegungen jede denkbare Unterdrückung finden werden, da das Verhalten der Reichsbahn-Hauptverwaltung nach Ansicht der Gewerkschaft nicht mit richtigen wirtschaftlichen Motiven erklärt werden kann. Die drei Bezirke Böln, Ebersfeld und Effen werden gemeinsam zusammenstehen und alle Maßnahmen treffen, die notwendig sind, um einen von der Reichsbahn-Hauptverwaltung provozierten Kampf an der Spitze des Personals aufzunehmen.“

Bereits am Donnerstag ist es in einer ganzen Anzahl von Eisenbahnbetrieben in Böln zu heftigen Auseinandersetzungen gekommen. In dem großen Eisenbahnhof Böln-Nippes ist die Belegschaft während der Arbeitszeit zu einer mächtigen Kundgebung zusammengetreten und hat gegen die Verschleppungspolitik der Verwaltung protestiert. Der Direktor wurde eine entsprechende Entschuldigend unterbreitet. Das gleiche trifft für die Betriebswerkstätten und die Betriebsbahnhöfe Böln-Eiffeltor und Böln-Rail zu.

### Ebersfeld, 5. März.

In einer Funktionärsversammlung des deutschen Eisenbahnerverbandes Ebersfeld wurde einstimmig eine Entschuldigend angenommen, in der den streikenden Eisenbahnarbeitern des Bezirks Sachsen volle Unterstützung zugesichert wird.

### Verhöhrung.

Berlin, 6. März. Der Ausstand der Eisenbahnarbeiter in verschiedenen Städten Sachsens hat eine Verhöhrung erfahren. Eine Funktionärsversammlung hat insofern beschlossen, den Ausstand auch auf den Bezirk Görlitz auszudehnen. Gestreikt wird außerdem noch in Dresden, in Riesa, auf der Landstrecke Leipzig-Wahren und in Jwitzau. Der Aufforderung des Präsidenten der Reichsbahndirektion Dresden, die Arbeit bis Donnerstag mittag 2 Uhr bedingungslos wieder aufzunehmen, widrigenfalls sich Sicherheitskräfte als einzusetzen zu befehlen haben, ist, soweit bekannt, nur ein geringer Teil der Streikenden nachgekommen.

Internationale Kundgebung für den Achtstundentag.

Waltham a. d. R. 5. März. Gestern Abend fand hier im Bürgergarten eine internationale Kundgebung für den Achtstundentag statt. Der englische Abgeordnete Macdonald überbrachte der deutschen Metallarbeiter-Schaft die Grüße der englischen Kollegen und gab einen Überblick über die Entwicklung der letzten zehn Jahre. Er ging insbesondere auf die Folgen des Krieges ein und sagte, der Achtstundentag müsse in Deutschland wieder eingeführt werden, da er ein Fortschritt für die Menschheit sei. Die englische Arbeiterschaft wolle ihre deutschen Kollegen mit allen Mitteln unterstützen. In England sei der Achtstundentag gesichert. Es wurde eine Entschließung angenommen, in der die Walthamer Arbeiterschaft ihren Kollegen aus allen Ländern über ihre Grüße entbiete.

Wiedereinführung der Vierteljahrsgeldzahlung für die Beamten.

Der Reichsrat verabschiedete heute einen Gesetzentwurf über die vierteljährliche Gehaltszahlung für die Beamten. Mit dem 1. April d. J. würde nach dem Ablauf des Ermächtigungsgesetzes die Regierung sowie automatisch die vierteljährliche Gehaltszahlung an die Beamten wieder in Kraft treten. Der Gesetzentwurf sieht nun vor, daß der Regierung die Ermächtigung gegeben wird mit Zustimmung des Reichsrats und des zuständigen Reichsausschusses den Zeitpunkt für das Wiederinkrafttreten der vierteljährlichen Zahlung festzusetzen. Die Gründe dafür sind, daß ein automatisches Wiederinkrafttreten am 1. April künftigen Jahres Bedenken hoben und ferner für die Beamten selbst wirtschaftlich nicht vorteilhaft sein würde.

Die Verletzten der Berliner Trauerfeier.

Die Nachrichten, wonach bei den politischen Absprengungen während der gestrigen Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen Reichspräsidenten mehrere Personen getötet und 1000 Verletzte worden seien, sind vollständig aus der Luft gegriffen. Es ist kein Todesfall zu beklagen. Verletzt wurden etwa 100 Personen, die hingerufen oder umgeworfen worden waren. Mehrere Personen erlitten Ohnmachts- oder Schwindelanfälle.

Tschitscherin über die Weltlage.

In der heutigen Sitzung des Zentral-Exekutivkomitees hielt Tschitscherin eine außenpolitische Rede über die gegenwärtige Weltlage, in der er u. a. ausführte, England bleibe die einflussreichste Weltmacht in militärischer und finanzieller Beziehung. Die allergrößte Beobachtungsgegenstände zwischen Großbritannien und der Sowjetunion machten den Abschluß eines weitgehenden Abkommens erforderlich. Dies werde bald geschehen. Frankreich sei der finanziellen Macht Englands nachgebend, was die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zur Türkei und dem Orient zur Folge habe. Frankreich rüste sich in der Zukunft seien Überwachungen nicht ausgeschlossen. Italien bleibe die nationale Expansion im Mittelmeer an. Das Verhältnis der Sowjetunion zu diesem Lande sei freundschaftlich. Tschitscherin wandte sich dann den Beziehungen zu Deutschland zu und sagte, diese seien unverändert freundschaftlich, obwohl auf wirtschaftlichem Gebiete oft zahlreiche Reibungen und Mißverständnisse überwunden werden müßten. In den Handelsvertragsverhandlungen händen große Schwierigkeiten bevor. Doch werde beiderseitig die Notwendigkeit einer Verständigung vollkommen anerkannt. Im übrigen bemerke Tschitscherin, die objektive Lage erfordere für Deutschland eine wirtschaftliche Verständigung mit Frankreich. Polen gegenüber stehe die Sowjetunion eine Verständigung an. Doch habe zunächst die Rigaer Vertrag und der Wirtschaftsvertrag das Wort. Eichen Beziehungen in Japan wendend, erklärte Tschitscherin, der japanisch-russische Vertrag zeige das Bestreben Japans, sich den Mächten zu binden. Zugleich bedeute aber auch der Vertrag eine bemerkenswerte Förderung der Einheitlichkeit der Mächte.

Jömet Pajhas Regierungsprogramm.

Konstantinopel, 5. März. Der neue Ministerpräsident Jömet Pajhas entwarf heute vor der Nationalversammlung sein Regierungsprogramm, das im Hinblick auf die internationale Situation in Wirklichkeit unverändert geblieben sei. Die Regierung werde in das Auslandgebiet einen Gevirkhof mit Vollmacht über Tod und Leben erlassen und einen anderen Gevirkhof in Angora einrichten, dessen Todestitel jedoch durch die Nationalversammlung ratifiziert werden müßten. Die Regierung beschreibe, alle Vereinigungen usw., deren Tätigkeit die internationale Lage beeinflussen, zu unterdrücken.

Kleine Auslandsnachrichten.

Paris, 6. März. Die Telegraphenboten des Haupttelegraphenamtes haben gestern eine Versammlung abgehalten, in der beschlossen wurde, den Generalstreik heute zu beginnen und die Arbeit nicht eher wieder aufzunehmen, bis ihnen die 250 Francs Feuerungszulage gezahlt seien, die man ihnen versprochen hätte, als man den älteren Boten 500 Francs zusagte. Es handelt sich in Paris um etwa 12 000 Boten. Journal des Debats meldet, die französisch-belgischen Handelsvertragsverhandlungen, die am Montag in Brüssel nach U-terbrechung von mehreren Tagen wieder aufgenommen worden waren, sind abermals unterbrochen worden.

Mitteilungen aus der öffentlichen Verwaltung.

In der Zusammenkunft der Sachverständigen für Werte der Photographie für Sachverständigen sind folgende Veränderungen eingetreten: Der stellvertretende Vorsitzende der Sachverständigen-Kammer Herr Kaufmann und Photograph Oskar Schür in Dresden ist verstorben. An seiner Stelle ist das bisherige ordentliche Mitglied Herr Photograph Karl Hermann Häber in Dresden zum stellvertretenden Vorsitzenden, sowie das bisherige stellvertretende Mitglied Herr Verlagsbuchhändler Johannes Wilhelm Reinhold in Dresden zum ordentlichen Mitglied, ferner an dessen Stelle Herr Photograph und Photograph Pramo Karfert in Dresden zum stellvertretenden Mitglied ernannt worden.

Die ersichene Nr. 5 des Justizministerialblattes für den Preussischen Sachsen, herausgegeben vom Ministerium der Justiz, enthält folgende Berufsleistungen: Einleit der Orte Pusteln, Ohren, Breteln und Großhörsdorf im Sinne von § 18 Absatz 2 der R.O., Kontur- und Geschäftsauf-, sichtsmaßstäbe, Bekämpfung unwidriger Schriften, Vermutung der Geleitschaft, Börsenumsatz, Observationen und Wechselsteuer, Kohlensteuer, deutsche Schiedsgerichte und vor deutschen Schiedsgerichten abzuschließender Verträge in Österreich, Postverkehr der in bürgerlichen Rechtsverhältnissen erlangenen Urteile deutscher Gerichte im Kantons Zürich, Erziehung der Dienstverpflichtung für die Vollstreckungsbeamten der Staatsverwaltungsbehörden, Verbot des Rauchens auf öffentlichen Plätzen, Dienstausweise, Vererbung der Länder über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen, Beurlaubung öffentlicher Beamten zum Gebrauch in Österreich, Un art und Tischeisloswater, Entscheidungen des O.H.G. Dresden in Kurverwaltungsachen, best. in Kleinfeldschloß, Anberungen der Gesetzgebung für die Justizbehörden, Personalnachrichten, Mitteilung von der Stempelsteuer in gewissen Fällen.

Die ersichene Nr. 5 des Finanzministerialblattes für den Preussischen Sachsen (herausgegeben vom Finanzminister) enthält unter anderem folgende Berufsleistungen: Z. Vorbereitung von Diplomingenieur zur Ausbildung in Staatsdienst, Anerkennung für langjährige Waldarbeiter, Zusammenziehung des Gemeindefiskus der Staatsforstverwaltung, Geschäftsbüro in Ordnung bei der Staatsforstverwaltung, Bestimmung der Gehälter im Waldlagerbuch, Fischensamenbezug, Personalnachrichten.

Aus Sachsen.

Gute Nachrichten von der Leipziger Messe.

Die am Mittwoch etwa eingetretene Steigerung des Verkehrs auf der Leipziger Messe setzt sich am Donnerstag wieder fort. Seit Mittwoch mittags bis Donnerstag liefen noch 40 vollbesetzte Sonderzüge ein. Im Gegensatz zu früheren Messen ist festzustellen, daß sich der Hauptverkehr und damit das Hauptgeschäft heute nicht nur an den ersten Messentagen zusammenballt, um dann allmählich abzuklären; vielmehr steigt sich der Schwerpunkt des Geschäftes auf die zweite Hälfte der Messwoche zu verschieben. Dies wird durch die Tatsache, bereits seit Mittwoch stich bemerkbare Zunahme der Kaufkraft bestätigt, was eine lebhafteste Geschäftstätigkeit zum Schluß der Messe verspricht. Am vorliegenden haben diesmal die eigentlichen Qualitätsindikatoren abgelesen, bei denen es weniger auf Preis als auf gediegene Beschaffenheit der Erzeugnisse ankommt. So berichten große Gruppen des Kunstgewerbes von einem sehr lebhaften, der erheblich günstiger als man vor der Messe annahm. Auf der Technischen Messe ist der Zugang erhaltener Inventuren um so stärker, je mehr sich heute die Kenntnis von der wirklich einzigartigen Leistung, die hier geboten wird, im In- und Ausland verbreitet. Es wird daher festhalten dürfte, daß die Dauer der Technischen Messe bis zum 11. d. M. festgelegt wurde. Die internationale Bedeutung der Leipziger Messe, besonders im Zusammenhang mit den bevorstehenden neuen Handelsverträgen, befindet sich darauf, daß verschiedene Delegationen fremder Staaten die Messe offiziell besuchen.

Waldheim. Der Prüfungsausschuss des sächsischen Landtags besuchte gestern auf Grund zahlreicher Petitionen und Beschwerden die Strafanstalt Waldheim, um die Klagen an Ort und Stelle zu untersuchen. Gegenüber den von den Kommunisten im Stadterordnetenkollegium ergriffenen Antrag auf Gewährung einer Urstandsentscheidung an die Stadtratskollegien ist gegen ihre Stimmen abgelehnt worden, ebenso ein Antrag des Reichsan- es der Kriegsteilnehmenden und ehemaligen Kriegsteilnehmer, Ortsgruppe Siebenlehn, um Auswahl eines Mitgliedes dieser Vereinigung zum Wohlfahrtsauschuß.

Lohnbewegung.

Ramenz, 5. März. Die Bauarbeiter des hiesigen Bezirks haben den kürzlich erfolgten Schiedspruch abgelehnt und sind heute in den Ausstand getreten.

Tageschronik.

Die Explosion in Wittenberg.

Wittenberg, 5. März. Bei der Explosion in der Wehlfähigkeitsprüfungsanstalt H. G. wurden sechs Personen sofort getötet. 2 Personen werden vermisst. Mit ihrem Tode ist bestimmt zu rechnen. Die übrigen vermutlich vollkommen zertrümmert worden sein. Weitere 4 Schwerverletzte sind im Paul Gerhardt-Spital in Wittenberg verbleiben. Inzwischen sind also bisher 12 Tote zu beklagen. Außerdem wird mit dem Ableben einer schwer verletzten Arbeiterin gerechnet. Einige der am Leben gebliebenen Opfer sind schwer und etwa 20 bis 25 mittelschwer und leicht verletzt worden. Die Ursache des Unglücks ist immer noch nicht aufgeklärt, da die Personen des Pulvermagazins, in dem die erste Explosion erfolgte, nicht mehr unter den Lebenden weilen.

Zum Tode verurteilter Muttermörder.

Harburg, 5. März. Vom Schwurgericht in Harburg ist der 22 Jahre alte Handlungsgehilfe Walter Carl aus Harburg wegen Ermordung seiner Mutter zum Tode verurteilt worden. Die Moritat hatte der Angeklagte am 5. Dezember d. J. verübt. Um die Tat zu verdecken, hüllte er die Leiche in Säcker, legte sie ins Bett, übergoß sie mit Petroleum und jähdete sie an.

Ein gefährtes Eisenbahnattentat.

Schneidemühl, 5. März. Das Schneidemühler Schwurgericht hat den ehemaligen russischen Kriegsgefangenen Jasselski nach einjähriger Verurteilung zum Tode verurteilt. Jasselski hatte am 20. Januar 1920 gemeinsam mit dem Kriegsgefangenen Wobisch und dem Eisenbahnarbeiter Perlsch den D-Zug Schneidemühl-Berlin im Höllengrund bei Eidenen zur

Entzweiung gebracht. ... dem Unglück fanden 18 Menschen den Tod, 29 wurden verletzt. Jasselski ist bereits hingerichtet worden. Wobisch verstarb noch bei seiner Verurteilung. Jasselski war es gelungen, nach Polen zu entkommen. Er wurde dort aber festgenommen und auf Antrag der deutschen Justizbehörde an Deutschland ausgeliefert.

Zwei Stunden vor der Hinrichtung begnadigt.

Madrid, 4. März. Zwei wegen Einbruch in eine Bank zum Tode Verurteilte wurden gestern zwei Stunden vor der Exekution begnadigt. Einer der Verurteilten hatte in der letzten Nacht Selbstmord begangen, die eine erneute Untersuchung nötig machten. Da es aber nicht gelang, die Verurteilten auf unbestimmte Zeit unter Todesdrohung zu lassen, wurde der König um Begnadigung ersucht.

Schwerer Straßenunfall in Rom.

Rom, 4. März. Im Lateranquartier sind gestern vier Erdarbeiter durch einen Erdbeben erschüttert worden. Nach drei Stunden konnten zwei von ihnen aus einer Tiefe von 12 Metern gerettet werden. Nach den beiden übrigen wird noch ununterbrochen getrieben. Eine Zeilung höre man rufen, doch ist es bis jetzt noch nicht gelungen, sie aufzutreiben. Der Grund der Katastrophe war, daß man bei dem Bau auf eine alte Katafomben gestoßen war.

Ämtliche Devisenkurse.

Table with columns for exchange rates of various currencies (e.g., Gold, Silber, etc.) and their values.

Tageskalender. Sonnabend, 7. März. Staatstheater. Opernhaus. Auf der Anrecht: Matagete. (D. R. Nr. 6878 bis 6900, S. S. S. Nr. I Nr. 2011-2030.) Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

S. B. D. A. Eil-Beförderung von Gütern. Tarife an allen Geschäftsstellen. 6219

Neues Theater. Opernhaus. (S. S. S. Nr. 10621 bis 10720.) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Stadtassessorstelle zu befehlen, mit der gleichzeitigen Verwaltung der Spar- und Giro- sowie Steuerkasse verbunden. Besetzung erfolgt nach Gruppe 6 oder 7, je nach Erfüllung der gesetzlichen Voraussetzungen.

Neubäder Schauspielhaus. (S. S. S. Nr. 2001 bis 2300, Nr. 2 Nr. 331 bis 360.) Anf. 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr.

Der Stadtrat des Höhenstufentouristik-Lauenstein (Sa.).

Reichendtheater. (S. S. S. Nr. 10621 bis 10720.) Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 11 Uhr.

Invalidentanz Verein zur Förderung von wirtschaftlichen Lage deutscher Invaliden. Dresden, Johannstraße 8.

Centraltheater. (S. S. S. Nr. 10621 bis 10720.) Anfang 7 1/2 Uhr.

Familiennachrichten. Vermählt: Hr. Dr. med. Walter Habbe in Dresden mit Fräulein Anna Elisabeth Ritzke in Dresden.

Amtlicher Teil.

In dem Konturverfahren über das Vermögen der Firma Christian Gerber, Kommanditgesellschaft, Erste Erzgebirgische Holz- und Maticenfabrik in Aue, und der persönlich haftenden Gesellschafter, der Kaufleute Johann Walter Gerber und Paul Otto Barthel, beide in Aue, ist zur Befriedigung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf...

Auf Blatt 506 des Handelsregisters ist heute die Firma Maria Hef Eisenfabrik mit dem Sitz in Großenhain und als deren Inhaber der Eisenfabrikant Ernst Maria Hef in Großenhain eingetragen worden.

Auf Blatt 260 des hiesigen Handelsregisters, betr. die Firma Sächsische Huttenfabrik Paul Meißner in Wilmstorf, ist heute eingetragen worden, daß der Sitz der Firma nach Bannmühl verlegt worden ist.

Das im Grundbuche für Großenhain Blatt 620 auf die Namen des Kaufmanns Paul Louis Reusch und der Ehefrau Hil. Trensch verzeichnete Grundstück ist als dem Kaufmann Paul Louis Reusch in Großenhain zugeteilt worden.

Das Grundbuch ist nach dem Grundbuche 18 Nr. 4 auf 1900 N. Nr. 1 und 1901 N. Nr. 2 geändert worden. Es besteht aus einem Wohn-, einem Seiten- und einem Schuppengebäude.

Die Einträge in dem Grundbuche sind vom 21. April 1925, vormittags 9 Uhr, an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung bekannt zu machen.

Grundbuchnummer 455. Brandsicherungsnummer: 10 850 Nr. 10

Die Einträge in dem Grundbuche sind vom 21. April 1925, vormittags 11 Uhr, an der Gerichtsstelle im Wege der Zwangsversteigerung bekannt zu machen.

Der ein bei der Versteigerung entgegenstehende Recht hat, muß vor der Eintragung des Grundbuchs in die Katasterblätter nachgetragen werden.

Der ein bei der Versteigerung entgegenstehende Recht hat, muß vor der Eintragung des Grundbuchs in die Katasterblätter nachgetragen werden.

Der ein bei der Versteigerung entgegenstehende Recht hat, muß vor der Eintragung des Grundbuchs in die Katasterblätter nachgetragen werden.

Der ein bei der Versteigerung entgegenstehende Recht hat, muß vor der Eintragung des Grundbuchs in die Katasterblätter nachgetragen werden.

Der ein bei der Versteigerung entgegenstehende Recht hat, muß vor der Eintragung des Grundbuchs in die Katasterblätter nachgetragen werden.

Der ein bei der Versteigerung entgegenstehende Recht hat, muß vor der Eintragung des Grundbuchs in die Katasterblätter nachgetragen werden.

Strumpfwarenfabrikant Gustav Leonard Werner, bauseitig:

5. auf Blatt 428 die Firma Martin Rödel, Baumeister in Harmannsdorf, und als Inhaber der Baumeister Hermann Martin Rödel, bauseitig:

6. auf Blatt 429 die Firma Richard Schmidt in Saupersdorf und als Inhaber der Schlosser Richard Schmidt, bauseitig:

7. auf Blatt 430 die Firma Richard Schmidt in Saupersdorf und als Inhaber der Schlosser Richard Schmidt, bauseitig:

8. auf Blatt 431 die Firma Richard Schmidt in Saupersdorf und als Inhaber der Schlosser Richard Schmidt, bauseitig:

9. auf Blatt 432 die Firma Richard Schmidt in Saupersdorf und als Inhaber der Schlosser Richard Schmidt, bauseitig:

10. auf Blatt 433 die Firma Richard Schmidt in Saupersdorf und als Inhaber der Schlosser Richard Schmidt, bauseitig:

11. auf Blatt 434 die Firma Richard Schmidt in Saupersdorf und als Inhaber der Schlosser Richard Schmidt, bauseitig:

12. auf Blatt 435 die Firma Richard Schmidt in Saupersdorf und als Inhaber der Schlosser Richard Schmidt, bauseitig:

Offener Kredit mit Anzeigeblatt 516 zum 6. April 1925. — K 29/25 —

Plauren, den 5. März 1925.

Amtgericht.

Auf Blatt 110 des Handelsregisters, die offene Handelsgesellschaft in Firma G. Wolf Hoyer in Aue a. d. W., ist heute eingetragen worden: Der Baumeister Karl Wolf Hoyer in Aue ist in die Gesellschaft ein- und ausgetreten. Seine Prokura ist erloschen.

Amtgericht Aue, 3. März 1925.

Im hiesigen Handelsregister ist heute auf Blatt 665 die Firma Martin Barth in Stolberg eingetragen worden. Gesellschafter sind die Selma Helene v. Schramm verw. geb. Barth geb. Nieschlag in Stolberg und der Kaufmann Karl-Heinrich v. Schramm in Chemnitz. Die Gesellschaft hat am 1. Januar 1924 begonnen.

Amtgericht Stolberg, 28. Febr. 1925.

In dem Konturverfahren über das Vermögen der Schuhhandels-Handlung in Waldenburg ist zur Annahme der Schlußrechnung des Verwalters, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Schlußergebnis der Versteigerung und zur Befriedigung der Forderungen und zur Vertheilung der Erlöse der Versteigerung am 27. März 1925, vormittags 10 Uhr vor dem Amtsgerichte in Waldenburg bestimmt worden.

Amtgericht Waldenburg, 3. März 1925.

Auf Blatt 242 des Handelsregisters, betr. die Firma Max R. e. H. in Gornau, ist heute eingetragen worden: Prokura ist erteilt dem Betriebsleiter Friedrich Wenzel in Gornau.

Amtgericht Zschopau, 2. März 1925.

Dresden.

Trauerfeier der Stadtverordneten.

Auf Anlaß des Ablebens des Reichspräsidenten Herr v. Helldorf hielt die Stadtverordneten am Donnerstag eine Trauerfeier ab, an der sich alle Fraktionen und auch das Staatsoberhaupt teilnahmen.

Während sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben, ertönte die Hymne des Reichspräsidenten.

Der Redner sprach über die Bedeutung der Demokratie in Deutschland.

Er schloß mit dem Wunsch, daß die Demokratie in Deutschland fest und dauerhaft werde.

Ungewöhnliche Gaben des Geistes.

Die Bedeutung der Demokratie in Deutschland ist ein Thema, das seit Jahrhunderten im Bewusstsein der Menschen verankert ist.

Im Kampf gegen die Barbareien und die Bestrafungen von links und rechts haben sich die Völker der Welt vereinigt.

Die Demokratie ist ein System, das die Freiheit der Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

Die Demokratie ist ein System, das die Freiheit der Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

Die Demokratie ist ein System, das die Freiheit der Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

Die Demokratie ist ein System, das die Freiheit der Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

Die Demokratie ist ein System, das die Freiheit der Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

Die Demokratie ist ein System, das die Freiheit der Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

Die Demokratie ist ein System, das die Freiheit der Einzelnen mit der Verantwortung für die Gemeinschaft verbindet.

Ebert-Gedächtnisfeier der Dresdner Arbeiterkraft.

Zum Zeichen der Trauer um den langjährigen Führer der deutschen Arbeiterbewegung und den ersten Reichspräsidenten der Deutschen Republik wurde am Donnerstag ein Gedenkfest veranstaltet.

Die Veranstaltung wurde durch den Vorsitzenden der Dresdner Arbeiterkraft geleitet.

Die Veranstaltung wurde durch den Vorsitzenden der Dresdner Arbeiterkraft geleitet.

Die Veranstaltung wurde durch den Vorsitzenden der Dresdner Arbeiterkraft geleitet.

Die Veranstaltung wurde durch den Vorsitzenden der Dresdner Arbeiterkraft geleitet.

Trauerkundgebung des Reichsbanners.

Der Reichstag hat beschlossen, eine Trauerkundgebung am Donnerstag abzuhalten.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Trauerkundgebung wird durch den Reichspräsidenten geleitet.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

Die Dresdner Richtzahl der Lebenshaltungskosten ist im Vergleich zu den Vorjahren gestiegen.

und Bekämpfung der Krebskrankheit, dem Landesrat für die Krebsbekämpfung...

Von Ulmer. Das Gebäude der neuerrichteten Quelle auf der Odenwiese...

15. April die neue Quelle soll in Anwendung gelangen...

Ritzkau. Mit der Fertigstellung des automatischen Fernsprechanlages in Ritzkau...

es soll in der zweiten Hälfte dieses Jahres eingeleitet werden.

Freibühnen. Der Bezirksausschuss Auerbach hat die Wahl des Bürgermeisters...

Abstieg bei Rausdorf. Der hiesige Bürgermeister E. Koller ist auf weite Jahre für sein Amt gewählt worden.

Wettertelegramm

Vom 6. März 1925, 7 Uhr morgens. Dresden: Höhe 110 m. Min.: + 4. Max.: + 9.

Dresdner Kurse vom 5. März

Table with columns for 'Deutsche Staatspapiere', 'Berühmte Anleihen', and 'Stadt-Anleihen' with various bond types and prices.

Table with columns for 'Deutsche Pfand- u. Hypotheken-Briefe' listing various mortgage and bond issues.

Table with columns for 'Berühmte Anleihen' listing various government and municipal bonds.

Table with columns for 'Berühmte Anleihen' listing various government and municipal bonds.

Table with columns for 'Berühmte Anleihen' listing various government and municipal bonds.

Volkswirtschaft und Handel.

Nach dem Rückgang der Reichsbank zum 28. v. M. ist die Wechsel- und Lombardanlage der Bank...

Stabile Währung die beste Lohnsicherung.

Die Öffentlichkeit ist in den letzten Monaten lebhaft beunruhigt worden durch die Art, in der staatliche Gelder 'angelegt' werden...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

(N.) Die Ausführungen im 'Leipziger Tageblatt' vom 23. Februar unter der Überschrift 'Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen'...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

Die I. und II. Ausgabe der sächsischen Braunkohlenwertpapiere ist bekanntlich in der Zeit vom 1. bis 10. Februar 1923 zur Zeichnung aufgelegt worden...

Die Betriebstechnische Ausstellung auf der Leipziger Technischen Messe (Ruppenthal).

Die Hauptabteilungen dieser Ausstellung, die außerordentlich lebhaft besucht sind, sind folgende: Gruppe A: Textilindustrie...

Deutscher-Schwedischer Wirtschaftsverband.

Der Deutscher-Schwedischer Wirtschaftsverband hat am 2. März in der Reichshausverwaltung in Berlin eine Sitzung abgehalten...

Schwedische Stimmen über die deutsche Konsumtion.

In der schwedischen Presse ist in der letzten Zeit wiederholt behauptet worden, dass die deutsche Industrie im Konsumkrisenstadium stehe...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen sind für Ende Februar ein Zahlungsmittelumsatz in Deutschland von 4,4 Milliarden Reichsmark...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen sind für Ende Februar ein Zahlungsmittelumsatz in Deutschland von 4,4 Milliarden Reichsmark...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen sind für Ende Februar ein Zahlungsmittelumsatz in Deutschland von 4,4 Milliarden Reichsmark...

Deutscher-Schwedischer Wirtschaftsverband.

Der Deutscher-Schwedischer Wirtschaftsverband hat am 2. März in der Reichshausverwaltung in Berlin eine Sitzung abgehalten...

Schwedische Stimmen über die deutsche Konsumtion.

In der schwedischen Presse ist in der letzten Zeit wiederholt behauptet worden, dass die deutsche Industrie im Konsumkrisenstadium stehe...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen sind für Ende Februar ein Zahlungsmittelumsatz in Deutschland von 4,4 Milliarden Reichsmark...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen sind für Ende Februar ein Zahlungsmittelumsatz in Deutschland von 4,4 Milliarden Reichsmark...

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen.

Die Zinszahlungen der sächsischen Kohlenhändlervereinigungen sind für Ende Februar ein Zahlungsmittelumsatz in Deutschland von 4,4 Milliarden Reichsmark...